Hanau:

6 Monate nach rechtsradikalem Terror - und es geht weiter!

Der Nazi-Terror in Deutschland ist Realität! Am 19. Februar wurden von einem rechten Terroristen in Hanau 9 Menschen ermordet. Anschließend ermordete der rassistische Hasstäter seine Mutter und brachte sich selbst um. Gezielt hatte er sich Menschen mit migrantischer Herkunft ausgesucht.

In einem Pamphlet, das er im Internet verbreitete, zeigte er offen und klar sein rassistisches, islamfeindliches und antisemitisches Weltbild wie auch seinen Hass auf Frauen.

Einige Tage zuvor hatte er bereits eine "persönliche Botschaft an alle Amerikaner" auf YouTube veröffentlicht, indem er sie zum Rassenkampf aufforderte.

Das Bundeskriminalamt (BKA) ging

in einem Bericht davon aus, der Täter habe "zwar eine rassistische Tat verübt, aber sei kein Anhänger einer rechtsextremistischen Ideologie gewesen". Nach heftigen öffentlichen Protesten musste der BKA-Präsident Holger Münch zurückrudern und die Tat als rechtsextremistisch einstufen.

Am 4. März veröffentlichte Serpil Temiz, die Mutter von Ferhat Unvar, einen Brief an Bundeskanzlerin Merkel. Darin forderte sie die vollständige Aufklärung der Tat, die Vermeidung der Fehler wie beim NSU-Terror, einen offiziellen Ansprechpartner sowie für die Familien der Opfer eine lebenslange Unterstützung. Zudem forderte sie eine staatlich geförderte Stiftung zur



DURCH: POGROME - ASYLGESETZ

Aufklärungsarbeit gegen Hass und Rassismus. Die Opfer sollten nicht in Vergessenheit geraten. In den Schulen sollte über den rechten Terror aufgeklärt werden. Straßen sollten nach den Opfern benannt werden.

Natürlich versprach der Staat eine "vollständige Aufklärung" – wie immer. Doch der rechte Terror geht weiter und hat Wurzeln im Staatsapparat selbst, wie der Skandal um das KSK in Calw oder um rechtes-Netzwerke in der Polizei in Hessen zeigt. Bei jedem rechten Terroranschlag, bei jedem Skandal werden Aufklärung und Maßnahmen versprochen. Doch die Skandale und der rechte Terror gehen weiter.

Aus "Das wird man ja wohl noch mal sagen dürfen" wird "Das wird man ja noch mal machen dürfen"!



Unter dem Motto "Das wird man ja wohl noch mal sagen dürfen" rollt seit Jahren eine rechtsradikale Hetzwelle über unser Land. Bis tief hinein in die "bürgerliche Mitte" (siehe Bildmontage) und zur A-Sozialdemokratie waren Ausländer und Flüchtlinge ein "Problem".

In diesem Land geborene Menschen, also Deutsche, wurden ausgegrenzt zu "Ausländern", weil sie anders aussehen. Ihnen wurde und wird abgesprochen, Deutsche zu sein. Rassismus und Hass wurden so immer mehr salonfähig.

Der NSU und sein Mordterror wurden u.a. durch rund 200.000 DM mit ermöglicht, die vom Verfassungschutz an einen ihrer V-Leute gezahlt wurden. Der baute damit in Thüringen ein Terrornetzwerk auf, aus dem der NSU hervorging.

In den letzten zwei Jahren sind mehrere Terrornetzwerke um Uniter, Nordkreuz, Südkreuz und ähnlich Gruppierungen bekannt geworden. Trotz Todeslisten, Anschlagsvorbereitungen, riesigen Waffenfunden wird immer von "Einzelfällen" geredet. Ermittlungen werden eingestellt, kleine Geldstrafen verhängt. Und alles geht weiter. Der Terroanschlag von Halle hat mehr als deutlich gemacht, wie weit die Rechtsentwicklung in diesem Land gediehen ist.

Verbot aller faschistischen Organisationen und Propaganda!



ARBEIT ZUKUNFT

Kontakt zu uns:

Verlag AZ, Postf. 401051, 70410 Stuttgart oder info@arbeit-zukunft.de oder 01520-6361023

Du kannst gern 2 Probeexemplare unserer Zeitung "Arbeit Zukunft" kostenlos anfordern.

www.arbeit-zukunft.de